

Linke will kommunale Unternehmen stärken

Erfurt – Erst ein paar Tage ist es her, dass Landesbauminister Christian Carius (CDU) das neue ÖPP-Kompetenzzentrum bei der Thüringer Aufbaubank in Erfurt eröffnet hat. ÖPP steht für öffentlich-private Partnerschaften. Dabei überträgt eine Gemeinde etwa Bau und Unterhaltung eines Schwimmbades an einen privaten Betreiber und zahlt die Investition über lange Zeit ab. Angesichts knapper öffentlicher Kassen gilt das als gutes Geschäft für beide Seiten.

Stimmt nicht, hält die Landtagsfraktion der Linken dagegen. „Wir bedauern, dass die Landesregierung in ein Verhalten wie vor der Finanzkrise zurückfällt“, sagt Kommunalpolitiker Frank Kuschel. Ihm zufolge ist es das grundsätzliche Ziel seiner Partei, das Finanzkapital zu zügeln und ihm Anlagemöglichkeiten zu entziehen. Ein Baustein soll die Stärkung von Kommunal-Unternehmen sein. So erhöhten sich auch die Einnahmen der öffentlichen Hand.

Aus ÖPP will Kuschel daher „ÖÖP“

machen. Die Partnerschaft soll nicht mehr mit privaten Unternehmen gebildet werden, sondern mit Firmen der öffentlichen Hand. Nach diesem Modell habe Weimar bereits mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft vier Schulen saniert, sagt Kuschel. Als Geldanlage für Bürger sei es denkbar, dass sie etwa eine Kita finanzierten. Bei Bürgerkraftwerken funktioniere das bereits. Kämen Private zum Zuge, ver helfe ihnen die öffentliche Hand nur zu Gewinnen, meint Hildburghausens Bürgermeister Steffen Harzer (Linke). Seine Stadt habe es deshalb abgelehnt, das Schwimmbad von einer privaten Firma betreiben zu lassen.

Grüne warnen

„Man sollte ÖPP aber nicht verteufeln. Oft steckt darin auch eine Chance“, entgegnet Dirk Adams, Landtagsabgeordneter der Grünen. Schließlich seien oft die Mittel für eine öffentliche Investition nicht vorhanden. Daher sei es wichtig,

dass auch Geld aus der Wirtschaft fließe. In Thüringen wurde beispielsweise ein Abschnitt der Autobahn A 4 bei Eisenach mit privatem Geld gebaut. Die Betreiber erhalten dort die Einnahmen aus der LKW-Maut. Als nächstes sei ein derartiges Projekt an der A 9 bei Schleiz geplant, entkräftet sich Links-Politiker Kuschel.

Seine Fraktion will demnächst ein Gesetz zu ihren Plänen vorlegen. Dazu zählt auch, kommunalen Unternehmen mehr wirtschaftliche Betätigungen als bisher zu erlauben. Warum dürfen Stadtwerke nur Strom liefern und nicht auch die Elektroinstallation in den Haushalten, fragt Kuschel. Ob Abfallwirtschaft, Dienstleistungen rund ums Wasser oder Marketing: Wo bisher Privatfirmen tätig sind, könnten nach seiner Ansicht künftig kommunale Firmen das Geschäft machen. Hingegen warnt Grünen-Politiker Adams: „Man darf Stadtwerke auch nicht überfordern.“ ek